

**150**  
Jahre

Volksbank  
Stuttgart eG



**Meine Heimat.  
Meine Bank.  
Unser Erfolg.**

JAHRESBERICHT 2015

## INHALT

---

Editorial	4
Vorstand	5
Aufsichtsrat	6
Regionalbeiräte	7
Lagebericht	8
Bericht des Aufsichtsrats	20
Jahresbilanz	22
Gewinn- und Verlustrechnung	24
Mitgliederbewegung	25
Impressum	26

# Editorial.

## SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, SEHR GEEHRTE MITGLIEDER,

mit einem Referenzzins der Europäischen Zentralbank (EZB) von 0,00 % wurde die Einlagenverzinsung in Europa Anfang 2016 faktisch abgeschafft. Diese Entwicklung entspringt zwar dem politischen Bemühen, die monetär gesteuerten Volkswirtschaften Europas aus rezessiven Tendenzen hin zu Wachstum und Dynamik zu führen; sie wirkt psychologisch auf das Sparverhalten aber alles andere als förderlich. Verzweifelte sich noch vor wenigen Jahren eine Spareinlage innerhalb der folgenden 18 Jahre durch den Zinseffekt, müsste ein Anleger zum aktuellen Zinsniveau kaum vorstellbare 120 Jahre auf die Verdopplung seines Sparguthabens warten. „Man kann Wohlstand nicht dadurch schaffen, indem man die Lust zum Sparen nimmt“, schlussfolgerte bereits der US-Präsident Abraham Lincoln vor über 150 Jahren.

1865 gegründet, bündelt die Volksbank Stuttgart eG seit nunmehr 150 Jahren Spareinlagen, um sie als Kredite an Privatpersonen und Firmen zur Finanzierung von privaten und gewerblichen Investitionen herauszugeben. Die Nachhaltigkeit dieses Geschäftsmodells hat sich nicht nur in schwierigen Zeiten bewährt, sie hat auch vielen Unternehmen durch existenzielle Krisen geholfen. Sparen ist für wirtschaftliche Entwicklung eminent wichtig und stellt zugleich den Kern einer volkswirtschaftlichen Gleichung dar: Die Summe an möglichen Investitionen entspricht im Gegenwert immer der Summe an vorhandenem Sparvermögen.

Im 150. Jahr ihres Bestehens hat sich die Volksbank Stuttgart eG positiv entwickelt. Trotz historischem Zinstief konnten wir uns über ein Einlagenwachstum von 6 % auf ca. 4,4 Milliarden Euro freuen. Die an unsere Privatkunden und Firmen ausgegebenen Kredite haben sich um 155 Millionen Euro (+4,7%) auf rund 3,4 Milliarden Euro erhöht. Traditionell kein Volk von Aktionären, verstärkte sich angesichts fehlender Zinserträge und haussierenden Börsen die Nachfrage nach Kapitalmarktprodukten. Mit Blick auf das Risiko bei der Auswahl von Einzelaktien lagen im Jahresverlauf vor allem aktiv gemanagte Fondsprodukte sowie Aktienfonds mit Risikoabsicherung vor Marktschwankungen im Fokus der Anleger. Mehr als 175 Millionen Euro (+14%) wurden hier neu und umsichtig investiert.

Wie in den letzten 150 Jahren hat sich auch das Geschäftsjahr 2015 nicht von selbst zu einem guten Jahr für unsere Kunden, Mitarbeiter und Geschäftspartner entwickelt. Über 83.000 Kundenberatungen machen deutlich, dass ein persönliches Gespräch

durch nichts zu ersetzen ist. Zwar vereinfachen Mobile und Online Banking Basis-Bankdienstleistungen, vertrauenssensible und weitreichende Entscheidungen wie die Finanzierung der eigenen vier Wände werden aber nach wie vor von Mensch zu Mensch besprochen. Der menschliche Faktor, die persönliche Vertrauensbasis, spielt auch in der digitalen Welt eine entscheidende Rolle.

Das große Vertrauen in die Bank zeigt sich auch im Zuwachs an 8.299 Mitgliedern (+5,8%), die 2015 neuer Teilhaber oder neue Teilhaberin der Volksbank Stuttgart eG wurden. Mit 151.601 Mitgliedern wurde nicht nur unser Ziel erreicht, in unserem Jubiläumsjahr das 150.000ste Mitglied zu begrüßen, es hat auch unsere Stellung als mitgliederstärkste Volksbank in Baden-Württemberg gefestigt. Mit einer Bilanzsumme von 5,4 Milliarden Euro (+5,5%) sind wir zugleich auch die größte Volksbank im Land. Vertrauen entsteht nicht von alleine, es ist das Ergebnis langer und verlässlicher Zusammenarbeit. So sind viele unserer Privat- und Firmenkunden bereits in zweiter und dritter Generation mit uns partnerschaftlich verbunden. Ohne dieses Bekenntnis der Mitglieder und Kunden wäre der Erfolg der Volksbank Stuttgart eG im Jahre 2015 nicht möglich gewesen, ihnen gebührt unser besonderer Dank.

Viele unserer langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagieren sich nach der Arbeit in lokalen und gemeinnützigen Vereinen, wodurch sie wesentlich zur regionalen Verwurzelung unserer Genossenschaftsbank beitragen. Neben der in der Bank geleisteten, sehr guten Arbeit danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch sehr herzlich für ihr ehrenamtliches Engagement.

Unser werblicher Marktauftritt „Meine Heimat. Meine Bank.“ wird auch durch die engagierte und konstruktive Arbeit unserer Kundenbeiräte mit Leben erfüllt. Ihnen danken wir genauso wie den Mitgliedern unseres Aufsichtsrats, die durch ihre zielführende, von gegenseitigem Vertrauen und Respekt geprägte Zusammenarbeit mit dem Vorstand einen wesentlichen Beitrag zur positiven Weiterentwicklung unserer Volksbank Stuttgart eG geleistet haben.

Hans R. Zeisl

Herbert Schillinger

Thomas Weismann

# Vorstand.



Hans Rudolf Zeisl

Herbert Schillinger

Thomas Weismann

### Hans Rudolf Zeisl

**Vorstandsvorsitzender**  
verantwortlich für die Geschäftsbereiche Bauen-Wohnen-Versichern, Firmenkunden, Private Banking, Privatkunden, Vertriebsmanagement, Vorstandsstab sowie die Abteilung Kapitalmarkt & Treasury

### Herbert Schillinger

**Mitglied des Vorstands**  
verantwortlich für die Geschäftsbereiche Interner Service, Kreditmanagement, Marktfolge Aktiv, Marktfolge Passiv/Zahlungsverkehr, Organisation / IT

### Thomas Weismann

**Mitglied des Vorstands**  
verantwortlich für die Geschäftsbereiche Gesamtbanksteuerung, Interne Revision, Personalmanagement sowie das Beauftragtenwesen

# Aufsichtsrat.

**Rainer Schenk**  
Vorsitzender  
Diplom-Volkswirt  
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater

**Albrecht Merz**  
stellv. Vorsitzender  
Bankdirektor i.R.

**Herbert Äckerle**<sup>2</sup>  
Diplom-Ingenieur

**Rainer Heidenwag**  
Diplom-Kaufmann  
geschäftsf. Gesellschafter

**Claus Munkwitz**  
Hauptgeschäftsführer

**Jochen Bendig**<sup>1</sup>  
Gen. Bankbetriebswirt (WGAH)  
Bankangestellter

**Werner Hinderer**  
Fleischermeister

**Klaus Pfisterer**  
Diplom-Verwaltungswirt  
Fachbereichsleiter

**Jörg Bürkle**  
Diplom-Kaufmann  
geschäftsf. Gesellschafter

**Klaus Jung**<sup>1</sup>  
Bankkaufmann  
Bankangestellter

**Doris Riethheimer**<sup>1</sup>  
Bankkauffrau  
Bankangestellte

**Wolfgang Dußling**<sup>1</sup>  
Diplom-Betriebswirt (FH)  
Bankangestellter

**Bernd Klingel**  
Diplom-Ingenieur (BA)  
Geschäftsführer

**Markus Schäfer**<sup>1</sup>  
Bilanzbuchhalter International IHK  
Bankangestellter

**Rudi Eisemann**  
Techniker  
geschäftsf. Gesellschafter

**Thomas Maier**<sup>1</sup>  
Gen. Bankbetriebswirt (WGAH)  
Bankangestellter

**Anja Schiegl**  
Diplom-Ökonomin

**Dr. Tobias Eisenmann**  
Rechtsanwalt

**Dr. Peter Maser**  
Rechtsanwalt  
Geschäftsführer

**Andrea Schneider**  
Diplom-Kaufmann  
Steuerberaterin

**Volker Hagenmeyer**<sup>1</sup>  
Gen. Bankbetriebswirt  
(MGB-WGAH)  
Bankangestellter

**Dr. Gisela Meister-Scheufelen**  
Kanzlerin der Dualen  
Hochschule Baden-Württemberg

**Jutta Talmon Gros**  
Geschäftsführerin

**Uwe Turß**<sup>1</sup>  
Facharbeiter für BMSR-Technik  
Bankangestellter

<sup>1</sup> von den Arbeitnehmern gewählt <sup>2</sup> ab 27.04.2015

# Regionalbeiräte.

## BAD CANNSTATT

Wilhelm Bauer  
Werner Ernst  
Alexander Gläser  
Stefanie Gottschick-Rieger  
Peter Hasmann  
Matthias Knisel  
Hans-Peter Louis  
Jürgen Maier  
Helmut Siegloch  
Wolfgang Thie  
Gerhard Veyhl  
Dr. Rolf Zondler

## FELLBACH

Fritz Aupperle  
Frieder Berger  
Ralf Büttner  
Beate Daubenschmid  
Rolf-Dieter Hess  
Gabriele Kurz  
Volker Kurz  
Frank Rauleder  
Dietmar Schmid  
Volker Schulz  
Susanne Zerweck-Locher

## FEUERBACH

Uwe Deyle  
Gerhard Grohs  
Christoph Gulde  
Thomas Hild  
Sonja Merkle  
Dr. Jörg Schaible  
Peter Scheu  
Werner Otto Schwarz  
Klaus Stumpp  
Heinz Widmann  
Jürgen Willi Zeeb

## FILDER

Fiona J. Beenker  
Oliver Cantz  
Ulrike Dausgschieß  
Dr. Christel Dauster  
Peter Esslinger-Deitermann  
Matthias Filbinger  
Matthias Gaebler  
Birgit Glos  
Volker Haisch  
Stephan Mache  
Andreas Schrade

## MITTE

Jochen Bayer  
Michael Euchner  
Werner Fieß  
Dr. Susanne Glaser-Gallion  
Dr. Katrin Konzelmann  
Veit Mathauer  
Christina Müller-Egeler  
Mattias Mußler  
Alfred Roller  
Dr. Mini Schulz  
Jan Tenné  
Ulrich Wecker  
Martina Zinser

## SCHORN DORF

Sabine Brennenstuhl  
Brigitte Klotz  
Thomas Kurz  
Bernd Lukatsch  
Klaus Mayer  
Nina Mayerle  
Rudolf Mucz  
Wolfgang Müller  
Hartmut Pfeil  
Roland Schanbacher  
Dr. Ferdinand Scholl  
Michael Seibold  
Christoph Sugg  
Prof. Christof Wolfmaier

## WAIBLINGEN

Andreas Bayer  
Werner Fischer  
Cornelia Frank-Grotz  
Dr. Dunja Grettenberger  
Ulrich Hellerich  
Ralf Klute  
Matthias Kuhnle  
Stefanie Laubengeiger  
Brigitte Lindemann  
Jörg Löffler  
Herbert Müller  
Jochen Müller  
Jürgen Müller  
Willi Müller  
Werner Munz  
Stephan Notter  
Marianne Reyhing  
Harald Sauter  
Karl-Heinz Schubert  
Robert Singer  
Ullrich Villinger  
Doris Wallner  
Philip Zeisler  
Ulrich Zerrer  
Josef Zwittlinger

## WEINSTADT

Edgar Bäuerle  
Sabine Dippon  
Gerhard Ehmann  
Roland Engelhardt  
Simon Hayler  
Gerhard Mödinger  
Thomas Muz  
Dietmar Reichert  
Ursula Rittberger  
Wolfgang Schäfer  
Bärbel Schreiber  
Eberhard Siegle  
Stephanie Staudenmayer

## WINNENDEN

Reiner Ackermann  
Eberhard Aupperle  
Petra Börner  
Ottmar Escher  
Gerd Feess  
Richard Fischer  
Rolf Glück  
Rolf Hahn  
Jürgen Hanig  
Thomas Kaysser  
Marco Kelch  
Gerhard Kienzle  
Jürgen Kiesel  
Bernd Krautter  
Thomas Laible  
Peter Langer  
Ruth Laube  
Tobias Maurer  
Domenica Müller  
Silvia Negele  
Marianne Römer  
Klaus Rommel  
Bernd Sommer  
Dr. Werner Vollmer  
Ingrid Wagner

## LAGEBERICHT DER VOLKSBANK STUTTGART EG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2015

Die Volksbank Stuttgart eG ist Mitglied im Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e.V. (BWGV), Karlsruhe, sowie im Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR), Berlin, und ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH sowie der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

Das Geschäftsgebiet der Volksbank Stuttgart eG erstreckt sich auf den Großraum Stuttgart sowie den Rems-Murr-Kreis und ist zentral in die Region Stuttgart eingebettet. Die Region Stuttgart ist von einer hohen Konkurrenz- und Wettbewerbsdichte von regionalen und überregionalen Filial- und Direktbanken mit einem breiten Geschäftsstellennetz geprägt, die zu einer überdurchschnittlich hohen Wettbewerbsintensität in unserem Geschäftsgebiet führt.

Sitz der Volksbank Stuttgart eG ist die Börsenstraße 3 in Stuttgart. Das Geschäftsgebiet ist in acht Regionaldirektionen aufgliedert. Mit 69 Filialen, 21 SB-Filialen sowie 15 Automatenzweigstellen ist die Volksbank Stuttgart eG nahezu flächendeckend im Geschäftsgebiet vertreten.

Im Genossenschaftsregister sind unter der Volksbank Stuttgart eG zwei Zweigniederlassungen im Sinne von § 14 Genossenschaftsgesetz eingetragen. Sie firmieren unter „Stuttgarter Bank Zweigniederlassung der Volksbank Stuttgart eG, 70174 Stuttgart“ und „Stuttgarter Volksbank Zweigniederlassung der Volksbank Stuttgart eG, 70174 Stuttgart“.

### I. Geschäftsverlauf

#### 1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Zum Jahresbeginn 2015 hat die Schweizer Notenbank völlig unerwartet die 2011 festgelegte EUR-CHF-Untergrenze von 1,20 aufgegeben. Der Kurs fiel dadurch auf ein historisches Allzeittief von 0,85 CHF. Im weiteren Jahresverlauf bewegte sich der Wechselkurs dann in einem Korridor zwischen 1,04 und 1,10 CHF.

Nach der Eskalation des bewaffneten Konflikts zwischen den ukrainischen Truppen und den von Russland unterstützten Milizen verhängten die USA und die Europäische Union Sanktionen gegen Russland. Die Wirksamkeit der Sanktionen gegen Russland wurde von den Vertretern der exportorientierten deutschen Wirtschaft kritisiert. Die meisten der befragten Unternehmen befürchteten negative Auswirkungen auf die Konjunktur und die Gewinne.

Auch die drohende Staatspleite in Griechenland stellte einen hohen Risikofaktor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dar und verunsicherte die Märkte. Zunächst hatte sich Griechenland mit der EU-Kommission, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank auf eine Verlängerung des Hilfsprogramms bis Ende Juni 2015 geeinigt. Nachdem der IWF dann eine Fristverlängerung für die Rückzahlung einer Kreditrate abgelehnt hatte, notierten die Renditen von zweijährigen griechischen Staatsanleihen bei etwa 25 %, die Kurse von 10-jährigen Laufzeiten waren im freien Fall. In dieser Phase wurde ein mögliches Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone („Grexit“) oder ein versehent-

licher, „unfallartiger“ Austritt („Graccident“) von Bundesfinanzminister Schäuble nicht mehr ausgeschlossen. Erst im August einigten sich Athen und die Eurogruppe auf das dritte Hilfspaket mit einem Volumen von 86 Milliarden Euro bis 2018.

Trotz der Krisen und der Sorgen um die Wachstumsschwäche in den Schwellenländern setzte sich im Jahr 2015 der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland fort. Insgesamt hat sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung robust entwickelt.

So ist das Bruttoinlandsprodukt gemäß Schätzung des Statistischen Bundesamtes preisbereinigt um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Zuwachs fiel geringfügig stärker aus als 2014 (+1,6 %), jedoch deutlich stärker als in den Jahren 2012 und 2013 (+0,4 % bzw. +0,3 %).

Die Anlageinvestitionen und der Außenhandel trugen dabei weniger stark zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei. Der wichtigste Treiber des gesamtwirtschaftlichen Wachstums waren erneut die privaten Konsumausgaben. Diese sind 2015 mit 1,9 % so kräftig wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr gestiegen. Maßgeblich hierfür waren die positiven Rahmenbedingungen in der Beschäftigungs- und Tariflohnentwicklung sowie die Kaufkraftgewinne durch den niedrigen Ölpreis. Weitere Nachfrageimpulse gingen von Sonderfaktoren wie der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und der starken Zuwanderung von Flüchtlingen aus. Die Ausgaben des Staates legten noch stärker zu (+2,8 %) als der Privatkonsum. Hier führten unter anderem die Personal- und Sachkosten zur Betreuung, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge zu Mehrausgaben.

Die Exporte der deutschen Wirtschaft konnten trotz der schwächeren Entwicklung in den Schwellenländern gesteigert werden (+5,4 %). Die Entwicklung ist u. a. auch auf den Rückgang des Euro-Wechselkurses zurückzuführen, wodurch sich die Wettbewerbsfähigkeit der Exportgüter auf den ausländischen Märkten tendenziell verbesserte. Auch die Importe nach Deutschland sind durch die hohe Binnen-nachfrage deutlich um +5,7 % gestiegen, sodass der Außenhandel insgesamt lediglich mit 0,2 Prozentpunkten zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitrug.

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigte sich 2015 erneut in einer guten Grundverfassung. Die Arbeitslosenquote hat sich im Jahresverlauf auf 6,4 % reduziert. Allerdings ist die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt mit 329.000 geringer gestiegen als im Vorjahr.

Vor allem auf Grund der deutlich gesunkenen Preise für Öl und andere Rohstoffe ist die Inflationsrate in Deutschland 2015 um 0,6 Prozentpunkte auf 0,3 % gesunken. Sie liegt deutlich unter der Zielmarke der Europäischen Zentralbank in Höhe von knapp unter 2 %. Aus diesem Grund hat die Europäische Zentralbank (EZB) die ohnehin schon expansiven geldpolitischen Rahmenbedingungen für den Euroraum in 2015 noch einmal gelockert, um die Konjunktur anzukurbeln und die Inflation zu erhöhen. So beschloss der EZB-Rat bereits in der ersten Sitzung im Januar 2015 ein Programm zum monatlichen Ankauf von Wertpapieren am Sekundärmarkt in Höhe von 60 Mrd. Euro, z. B. von Staaten des Euroraums. In der letzten Sitzung des Jahres am 3. Dezember verlängerte der EZB-Rat angesichts der anhaltend niedrigen Inflationsraten den Zeitraum von September 2016 bis März 2017. Im Ergebnis stieg der Umfang des Programms von 1,1 auf 1,5 Billionen Euro.

Die quantitative Lockerung der EZB und die griechische Schuldenproblematik führten in den ersten vier Monaten des Jahres zu signifikant fallenden Renditen, vor allem bei deutschen Staatsanleihen. Am 20. April 2015 notierten deutsche Bundesanleihen mit 9-jähriger Restlaufzeit bei -0,02 %.

Ende April kam es dann unerwartet zu deutlichen Renditeanstiegen am Rentenmarkt. Innerhalb von 2 Monaten verdreifachte sich der 10-Jahres-Swapsatz auf 1,24 %, die Renditen von 10-jährigen Bundesanleihen stiegen um mehr als das Zehnfache von 0,07 % auf 0,85 %. Die EZB sah keinen Handlungsbedarf. „Die Marktteilnehmer müssten sich an Phasen höherer Volatilität gewöhnen“, so EZB-Präsident Mario Draghi. Aufgrund von sinkenden Konjunktur- und Inflationserwartungen für die gesamte Weltwirtschaft sanken die Renditen von Bundesanleihen bis zum Jahresende wieder. Zum Jahresende notierten die Renditen von 10-jährigen Bundesanleihen mit 0,63 % etwa neun Basispunkte über dem Vorjahr. Vor allem durch die Senkung des Einlagensatzes verzeichneten die kürzeren Laufzeiten einen stärkeren Renditerückgang. Zweijährige Restlaufzeiten notierten zum Jahresende mit -0,34 % tief im negativen Bereich.

Den Hauptrefinanzierungssatz und den Spitzenrefinanzierungssatz beließ die EZB 2015 unverändert bei 0,05 % bzw. 0,3 %. Allerdings senkte der EZB-Rat den Einlagezins für Übernachteinlagen der Geschäftsbanken bei der EZB auf -0,3 %.

Die US-amerikanische Zentralbank (Fed) hat 2015 mit der ersten Zinsanhebung seit 2006 den US-Leitzins um 25 Basispunkte auf 0,25 % bis 0,50 % erhöht und damit die zinspolitische Wende eingeleitet. Damit endete nach sieben Jahren die faktische Nullzinspolitik der Federal Reserve.

Auch durch das Auseinanderdriften der Geldpolitiken auf beiden Seiten des Atlantiks kam der Euro 2015 unter Druck. Die größten Verluste musste der Euro jedoch mit Beginn der quantitativen Lockerung hinnehmen. Bis Mitte März fiel der Euro-Dollar Kurs auf 1,05 US-Dollar. Im weiteren Jahresverlauf schwankte der Euro-Dollar Kurs dann zwischen 1,05 und 1,15 US-Dollar. Zum Jahresende notierte der Euro-Dollar Kurs bei 1,09 US-Dollar und damit 12 Cent niedriger als zum Vorjahresultimo und musste das zweite Jahr in Folge Kursverluste gegenüber dem US-Dollar hinnehmen.

Der DAX hat das Jahr 2015 mit einem deutlichen Jahresplus beendet. Aktien waren insbesondere im ersten Jahresquartal gefragt. Sie profitierten dabei besonders von der Geldpolitik der EZB und optimistischen Konjunkturerwartungen. Bis Mitte April stieg der deutsche Leitindex auf ein neues Allzeithoch von knapp 12.500 Punkten, das er aber im weiteren Jahresverlauf nicht erfolgreich verteidigen konnte. Vor allem die Sorgen um die Wachstumskräfte in China und die Stabilität des globalen Aufschwungs führten Ende des dritten Quartals weltweit zu Einbrüchen an den Aktienmärkten. In der Folge hat der DAX mehrmals die wichtige 10.000-Punkte-Marke wieder unterschritten und phasenweise die Gewinne aus dem gesamten Jahresverlauf abgegeben. Auch die Spekulationen über die bevorstehende Zinswende in den USA und die Verunsicherungen infolge der Abgastestmanipulationen durch VW drückten die Kurse. Der DAX beendete das Jahr mit einem Plus von 9,6 % und einem Stand von 10.743 Punkten.

Gemäß Konjunkturbericht der IHK Stuttgart ist die Zufriedenheit der Unternehmen mit der aktuellen Lage trotz des bereits erreichten hohen Niveaus noch einmal spürbar gestiegen. Bei der Erwartung ist jedoch die Anzahl der Unternehmen, die in der Auslandsnachfrage ein wichtiges Risiko für die eigene Geschäftsentwicklung sehen, seit dem Frühsommer kräftig gestiegen. Hier spiegelt sich die Besorgnis der exportorientierten Unternehmen über die geopolitischen Krisen, die andauernde Staatsschuldenkrise innerhalb der Europäischen Währungsunion, die negativen Entwicklungen in den wichtigen Schwellenländern sowie die Abschwächung des Wirtschaftswachstums Chinas wider. Insgesamt bleiben die Erwartungen der Wirtschaft aber durch die positive Entwicklung des privaten Konsums, die niedrigen Rohstoffpreise, die günstigen Wechselkurse und die anhaltende Erholung des Euroraumes unverändert zuversichtlich.

Die 205 Volksbanken und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg haben 2015 erneut ein erfolgreiches Geschäftsergebnis erzielt. Zum 31. Dezember 2015 wies die Gruppe eine Bilanzsumme von 145,6 Mrd. Euro (+3,9 %) aus. Die Kundenforderungen erhöhten sich um 4,5 Mrd. Euro bzw. 5,5 % auf 87,0 Mrd. Euro. Die Kundeneinlagen sind um 4,5 Mrd. Euro bzw. 4,2 % auf 109,3 Mrd. Euro gestiegen.

#### 2. Entwicklung der Volksbank Stuttgart eG

Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 erfolgte die Verschmelzung der Korber Bank eG mit der Volksbank Stuttgart eG. Zur besseren Vergleichbarkeit des Geschäftsverlaufs wurden die Bilanzwerte beider Banken des Vorjahres addiert, sodass fusionsbedingte Volumeneffekte neutralisiert werden.

Die geschäftliche Entwicklung im Berichtsjahr 2015 lag insgesamt im Rahmen unserer Planungen. Mit der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind wir zufrieden.

	Berichtsjahr	2014	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
<b>Bilanzsumme</b>	5.414.435	5.198.451	215.984	4,2
<b>Außerbilanzielle Geschäfte *)</b>	368.301	355.178	13.123	3,7

\*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

Die Bilanzsumme der Volksbank Stuttgart eG ist im Berichtsjahr 2015 um 4,2 % auf 5,4 Mrd. Euro gestiegen. Sowohl bei den Kundenforderungen als auch bei den Kundeneinlagen konnten Zuwächse erreicht werden. Bei den außerbilanziellen Geschäften handelt es sich um Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie unwiderrufliche Kreditzusagen. Diese sind um 3,7 % gestiegen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	2014	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
<b>Kundenforderungen</b>	3.423.364	3.308.943	114.421	3,5
<b>Wertpapieranlagen</b>	1.237.405	1.229.261	8.144	0,7
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	301.245	245.308	55.937	22,8

Im Berichtsjahr haben sich die Kundenforderungen um 114 Mio. Euro bzw. 3,5 % auf 3,4 Mrd. Euro erhöht. Die Kreditnachfrage bei den wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatkunden war dabei mit +4,9 % insgesamt höher als bei den Unternehmen und selbstständigen Privatpersonen (+1,9 %). Die Kreditzuwächse im Firmenkundengeschäft resultierten aus der Finanzierung von gewerblichen Immobilien sowie Ersatz- und Neuinvestitionen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Privatkundengeschäft waren vor dem Hintergrund des historisch niedrigen Zinsniveaus weiterhin Wohnungsbaudarlehen mit langfristigen Zinsbindungen gefragt.

Bei den Forderungen an Kreditinstitute handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen gegenüber der DZ BANK. Die Erhöhung um 22,8 % ist auf stichtagsbedingte Effekte bei den täglich fälligen Kontokorrentforderungen zurückzuführen.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	2014	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	364.173	377.169	-12.996	-3,4
<b>Spareinlagen</b>	1.397.803	1.447.869	-50.066	-3,5
<b>andere Einlagen</b>	3.032.481	2.777.703	254.778	9,2
<b>verbrieft</b>	0	2.811	-2.811	-100,0
<b>nachrangige Verbindlichkeiten</b>	4.594	4.594	0	0,0

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten setzen sich aus eigenen Refinanzierungen gegenüber der DZ BANK, aus Weiterleitungskrediten für unsere Kunden sowie aus Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank zusammen. Insgesamt konnten die Verbindlichkeiten um 3,4 % auf 364 Mio. Euro zurückgeführt werden.

Die bilanziellen Kundeneinlagen haben sich in der Gesamtbetrachtung um 205 Mio. Euro bzw. 4,8 % auf 4,4 Mrd. Euro erhöht. Die Nachfrage unserer Kunden nach kurzfristigen Laufzeiten hält unverändert an. So hat sich der Bestand der Spareinlagen um 50 Mio. Euro bzw. 3,5 % auf 1,4 Mrd. Euro reduziert. Die Steigerung bei den anderen Einlagen um 255 Mio. Euro bzw. 9,2 % auf 3,0 Mrd. Euro ist auf die täglich fälligen Einlagen zurückzuführen, die Einlagen mit vereinbarten Laufzeiten gingen weiter zurück. Der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten war 2015 endfällig.

Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten handelt es sich ausschließlich um institutionelle Gelder. Diese werden planmäßig bei Fälligkeit zurückgeführt.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	2014	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
<b>Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften</b>	10.855	9.728	1.127	11,6
<b>Vermittlungserträge</b>	7.645	7.675	-30	-0,4
<b>Erträge aus Zahlungsverkehr</b>	16.039	15.925	114	0,7

Im Dienstleistungsgeschäft konnten die Erträge aus dem Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäft im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 1,1 Mio. Euro bzw. 11,6 % auf 10,9 Mio. Euro gesteigert werden. Zuwächse waren sowohl bei den Absatz- als auch den Bestandsprovisionen von Fonds zu verzeichnen. Auch die Vermittlungserträge aus dem Wertpapierkommissionsgeschäft haben sich erhöht. Der größte Teil der Steigerung ist auf Bestandsprovisionen zurückzuführen.

Die Erträge aus der Vermittlung von Bausparverträgen, Versicherungen und Kreditvermittlungen konnten auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr haben sich insgesamt leicht erhöht. Der Zuwachs wurde im Wesentlichen im Kreditkartengeschäft erzielt.

### Investitionen

Ein Schwerpunkt der Investitionen lag im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung. In diesem Zusammenhang wurden Geldautomaten (GAA), Kontoauszugsdrucker sowie Ein- und Auszahlungsautomaten ausgetauscht. Darüber hinaus wurden im laufenden Geschäftsjahr Umbau- und Renovierungsmaßnahmen im Filialnetz vorgenommen.

### Personal- und Sozialbereich

Zum Jahresende beschäftigte die Volksbank Stuttgart eG insgesamt 1.044 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 675 Vollzeitbeschäftigte, 303 Teilzeitbeschäftigte, 60 Auszubildende und sechs Studenten an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten liegt bei etwa 60 %.

38 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen derzeit Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch. Davon befinden sich 22 Personen in der sogenannten Freistellungsphase. 56 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befinden sich in Elternzeit.

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Beschäftigten beträgt 18 Jahre. Das Durchschnittsalter liegt bei rund 42 Jahren. Die Fluktuationsrate ist gering.

Die Berufsausbildung von Jugendlichen hat für uns als regional verwurzelt mittelständisches Unternehmen einen hohen Stellenwert. Jedes Jahr beenden durchschnittlich 25 Auszubildende ihre Ausbildung mit dem Abschluss Bankkaufmann/-frau, Finanzassistent/-in oder Kaufmann/-frau für Marketingkommunikation. Darüber hinaus absolvieren jedes Jahr etwa drei Student/-innen ihren erfolgreichen Abschluss an der Dualen Hochschule als Bachelor of Arts (B.A.).

Die Qualifizierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist für uns von zentraler Bedeutung. Mit der hausinternen „Volksbank Stuttgart Akademie“ haben wir verschiedene Personalentwicklungs- und Schulungsmaßnahmen auf eine ganzheitlich vernetzte und langfristig wirkende Mitarbeiterförderung und -forderung ausgerichtet. Die bankeigene Akademie bündelt sukzessive alle Aktivitäten im Bereich der Aus- und Weiterbildung, des Talentmanagements, der Führungsfähigkeit sowie der Service-, Beratungs- und Verkaufskompetenz. Insgesamt wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 3.921 interne und externe Schulungstage absolviert. In diesem Zusammenhang wurden 90 Führungskräfte und mehr als 495 Beraterinnen und Berater geschult. Der Ausbildung- und Schulungsaufwand lag insgesamt bei 842 TEUR.

Ergänzend unterstützen und fördern wir berufsbegleitende Qualifizierungen unserer Mitarbeiter durch bezahlte Freistellungen und durch Kostenbeteiligungen.

Die Förderung des Gesundheitsschutzes und des bewussten Miteinanders der Generationen in der Bank hat für uns einen hohen Stellenwert. So haben wir im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) mit unseren Betriebssportangeboten, arbeitsplatzbezogenen Vorsorgeangeboten und verschiedenen Veranstaltungen vielfältige Impulse zur Gesundheitsförderung und zur Stärkung der Eigenvorsorge gesetzt.

### Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

In der Vertreterversammlung der Volksbank Stuttgart eG und der Generalversammlung der Korber Bank eG wurde der Beschluss über die Verschmelzung beider Banken rückwirkend zum 1. Januar 2015 gefasst. Übernehmender Rechtsträger ist die Volksbank Stuttgart eG. Die Eintragung der Verschmelzung in das Genossenschaftsregister erfolgte am 3. Juni 2015.

Im Geschäftsjahr 2015 haben die Vorstände der Volksbank Stuttgart eG und der Kerner Volksbank eG im Einvernehmen mit den Aufsichtsräten Verhandlungen mit der Absicht einer Verschmelzung beider Institute aufgenommen. Durch den Zusammenschluss soll die gute Marktposition der genossenschaftlichen Bankengruppe in der Gemeinde Kernen weiter gestärkt und dauerhaft gesichert werden.

Über die Fusion wird Ende April 2016 in den Vertreterversammlungen der Kerner Volksbank eG und der Volksbank Stuttgart eG abgestimmt. Die Verschmelzung soll rückwirkend auf den 1. Januar 2016 erfolgen.

## II. Darstellung der Lage sowie der Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Volksbank Stuttgart eG

### 1. Gesamtbanksteuerung, Risikomanagement

Das Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil der Gesamtbanksteuerung. Als wesentliche Aufgaben verstehen wir die Identifizierung, Analyse, Bewertung und Steuerung der Risiken. Ziel ist die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und die nachhaltige Existenzsicherung der Volksbank Stuttgart eG.

In der Risikostrategie sind die Grundsätze und die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems, das Risikoprofil der Bank und die Rahmenbedingungen für die Risikosteuerung festgelegt. Sie ist in Teilstrategien gegliedert und bezieht sich auf die Risiken, die sich aus der Umsetzung der in der Geschäftsstrategie definierten Ziele ergeben. Für die Steuerung und Begrenzung der wesentlichen Risikoarten sind in der Risikostrategie verschiedene Einzel- und Strukturlimite festgelegt. Die Risikostrategie gibt in Verbindung mit den daraus abgeleiteten Arbeitsrichtlinien den übergeordneten Rahmen vor, der für die Mitarbeiter der Bank verbindlichen Charakter besitzt.

Die Grundzüge des Steuerungs- und Überwachungssystems, die identifizierten Risikoarten, die eingesetzten Instrumente, die Zuständigkeiten und der Turnus der Berichterstattung sind im Risiko- und Steuerungshandbuch der Volksbank Stuttgart eG dokumentiert.

Die Überwachung der Risiken erfolgt durch das Risikocontrolling, das in den Bereich Gesamtbanksteuerung integriert ist. Die Organisationseinheit ist organisatorisch von den Markt Bereichen getrennt und berichtet direkt dem Vorstand. Der Bereichsleiter Gesamtbanksteuerung nimmt die Leitung der Risikocontrolling-Funktion gemäß MaRisk wahr und wird bei wichtigen risikopolitischen Entscheidungen der Geschäftsleitung eingebunden.

Die systematische Identifizierung, Analyse und Bewertung aller Risiken erfolgt jährlich im Rahmen der Risikoinventur. Dabei wird zwischen quantifizierbaren und nicht quantifizierbaren Risikoarten unterschieden. Die Messung der quantifizierbaren Risiken erfolgt soweit möglich mit den im genossenschaftlichen Finanzverbund zur Verfügung stehenden Software-Instrumenten. Für die nicht quantifizierbaren Risiken wird eine qualitative Bewertung durchgeführt. Alle zur Überwachung und Steuerung eingesetzten Methoden und Systeme werden laufend weiterentwickelt und an neue Anforderungen angepasst.

Grundlage unserer Steuerungsphilosophie ist ein GuV-orientiertes Risikotragfähigkeitskonzept mit dem Ziel einer dauerhaften Sicherung der Unternehmensfortführung („Going-Concern-Ansatz“). Grundsätzlich beurteilen wir die Risikotragfähigkeit aus regulatorischer und betriebswirtschaftlicher Sicht. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn die wesentlichen Risiken durch die Risikodeckungsmasse bzw. das Gesamtbank-Risikolimit, unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen, laufend gedeckt sind.

Die Risikodeckungsmasse wird jeweils zum Jahresanfang ermittelt und setzt sich aus dem geplanten Ergebnis zuzüglich verschiedener Eigenmittelbestandteile zusammen. Hiervon werden für jede wesentliche Risikoart Erwartungswerte zum Abzug gebracht. Von der verbleibenden Risikodeckungsmasse werden der Kapitalbedarf für die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung, ein Puffer für das Sicherheitsbedürfnis des Vorstandes sowie der Mindestgewinn zum Abzug gebracht.

Ausgehend von der Risikodeckungsmasse wird das Gesamtbank-Risikolimit für den Steuerungskreis („Risiko-Szenario“) festgelegt und auf die einzelnen Risikoarten verteilt. Diese begrenzen die eingegangenen Risiken für jede wesentliche Risikoart. Wir unterscheiden dabei zwischen Adressenausfallrisiken (einschließlich Länder- und Beteiligungsrisiken), Marktpreisrisiken (einschließlich Zinsspannenrisiken), Liquiditätsrisiken, operationellen Risiken, Vertriebsrisiken und Produktivitätsrisiken. Eine Besonderheit stellt die wesentliche Risikoart „Beteiligungsrisiko“ dar. Diese wird nicht limitiert, sondern über einen direkten Abzug von der Risikodeckungsmasse im Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt. Bei Limitüberschreitungen regelt ein festgelegter Prozess die Maßnahmen zur Risikobegrenzung bzw. -tolerierung. Die Differenz aus dem Gesamtbankrisikolimit und der Risikodeckungsmasse entspricht der freien Risikotragfähigkeit. Diese dient der Abdeckung möglicher Limitüberschreitungen sowie nicht limitierter Risiken.

Ergänzend zum Steuerungskreis werden monatlich Stresstests durchgeführt und der Risikodeckungsmasse für das „Stress-Szenario“ gegenübergestellt. Diese Ergebnisse fließen ebenfalls in die geschäftspolitischen Entscheidungen ein.

Ab der 2. Jahreshälfte nehmen wir eine Folgejahrbetrachtung der Risikotragfähigkeit vor. Ergänzend führen wir jährlich einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess durch. Auf dieser Basis

haben wir die Eigenmittelrelationen bis zum Geschäftsjahr 2022 ermittelt und bewertet. In diesem Zusammenhang wurde zusätzlich die Risikotragfähigkeit über den Betrachtungszeitraum von sieben Jahren gewürdigt. Um die Risikotragfähigkeit auch bei negativen Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds, die von den Erwartungen abweichen, bewerten zu können, wird im Rahmen des Kapitalplanungsprozesses ergänzend ein adverses Szenario betrachtet.

Im „Risiko-Szenario“ wurden den Adressenausfallrisiken in 2015 Risikolimiten in Höhe von ca. 57 % und den Marktpreisrisiken in Höhe von ca. 28 % zugewiesen. Die restlichen 15 % der Risikolimiten begrenzen die Liquiditäts-, Vertriebs-, Produktivitäts- und operationellen Risiken.

Bei der Risikomessung und Limitauslastung werden unerwartete Risiken berücksichtigt. Diese werden grundsätzlich mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % sowie einer Haltedauer von einem Jahr ermittelt und auf das Jahresende skaliert. Ferner werden negative Abweichungen von den Erwartungswerten auf die Auslastung der Einzel-Risikolimiten angerechnet. Die Limitauslastungen werden monatlich an den Gesamtvorstand berichtet.

Bei den Stresstests verwenden wir grundsätzlich ein Konfidenzniveau von 99,9 % und stressen darüber hinaus weitere Risikofaktoren. In diesem Zusammenhang definieren wir geeignete Szenarien, die sowohl historische als auch hypothetische Elemente enthalten. Darüber hinaus führen wir für alle wesentlichen Risikoarten inverse Stresstests durch. Sie dienen als Nachweis für die Nachhaltigkeit unseres Geschäftsmodells und liefern wichtige Impulse für den Strategieprozess.

Im Rahmen des Management-Informationssysteme haben wir weitere individuelle Kennzahlensysteme implementiert und ermitteln ergänzend barwertige Berichtsgrößen.

Bei der Ausgestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation sind Funktionstrennungen festgelegt. Die Wirksamkeit des Risikomanagements wird ständig durch die Interne Revision überprüft.

Der Vorstand hat im Rahmen der Risikosteuerung die besonderen Funktionen gemäß MaRisk (Compliance-Funktion, Risikocontrolling-Funktion und Interne Revision) eingerichtet.

### 1.1 Adressenausfallrisiko

#### Kundenkreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr eines teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich zugesagter Leistungen durch unsere Geschäftspartner und Kunden.

Das Kundenkreditgeschäft stellt ein Kerngeschäftsfeld unserer Bank dar. In der Risikoinventur haben wir das Adressenausfallrisiko als wesentliche Risikoart eingestuft. Wir betreiben eine risiko- und ertragsorientierte Kreditpolitik. Grundlage bei allen Kreditentscheidungen ist ein ausgewogenes Chancen- und Risikoprofil und die Sicherung der nachhaltigen Rentabilität der Bank. Bei bedeutenden Engagements ist eine Zustimmung des Risikoausschusses des Aufsichtsrats der Volksbank Stuttgart eG erforderlich.

Bei der Kreditvergabe und Überwachung der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken ist die Bonitätsbeurteilung von zentraler Bedeutung. Hierzu setzt die Volksbank Stuttgart eG soweit möglich die Ratingverfahren des genossenschaftlichen Finanzverbundes ein.

Die Verfahren werden regelmäßig validiert. Um die Spezifika der einzelnen Kundensegmente abbilden zu können, sind für die jeweiligen Kundensegmente separate Ratingverfahren im Einsatz.

Risikokonzentrationen mit möglichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage sehen wir im Kundenkreditgeschäft im Hinblick auf Branchen, Größenklassen, Sicherheiten, Rating und die regionale Verteilung. Diese Risikokonzentrationen werden jeweils auf der Basis von Strukturlimiten gesteuert.

Die Ermittlung der Risikokennzahlen für das Kundenkreditgeschäft erfolgt über ein ausfallbasiertes Kreditportfoliomodell unter Berücksichtigung der kreditnehmerspezifischen Exposures, Ratings sowie der branchenspezifischen Ausfallraten, Volatilitäten und Korrelationen.

Vorstand und Aufsichtsrat werden zeitnah über die Entwicklung des Kreditportfolios sowie über die Auslastung der Einzel- und Strukturlimiten informiert. Ergänzend wird im Rahmen der Adressrisikosteuerung das Kreditportfolio nach Bonitätsklassen, Größenklassen, Branchen, Absicherungsgrad und Risikotreibern analysiert. Die Rahmenbedingungen werden regelmäßig im „Steuerungskreis Adressrisiko Kundengeschäft“ bewertet. Bei Bedarf werden dem Vorstand Maßnahmen für geschäftspolitische Entscheidungen bzw. Steuerungsimpulse vorgeschlagen.

Sanierungsbedürftige und Not leidende Engagements werden in einem marktunabhängigen Bereich betreut.

#### Eigengeschäft

Unter dem Adressrisiko Eigengeschäft verstehen wir Ausfall-, Migrations- und Spreadrisiken von Forderungen an Kreditinstitute (inkl. Schuldscheindarlehen), Wertpapieren und Beteiligungen.

Im Eigengeschäft verfolgen wir das geschäftspolitische Ziel der Risikosteuerung. Vermögensrisiken werden durch Diversifizierung auf verschiedene Länder, Branchen, Bonitäten, Laufzeiten, Größenklassen, Produktklassen und Schuldner reduziert.

Risikokonzentrationen mit möglichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage sehen wir im Wesentlichen in Größenklassen, Bonitäten, Ländern und Produkten. Die in der Risikostrategie festgelegten Strukturlimiten dienen der Begrenzung von Risikokonzentrationen bzw. ungewünschten Portfoliogewichtungen. Zur Begrenzung der Einzelemittentenrisiken werden vom Vorstand kombinierte Kontrahenten- und Emittentenlimiten („Geschäftspartnerlimiten“) beschlossen. Die Überwachung der Limitauslastung ist durch eine regelmäßige Berichterstattung sichergestellt.

Die Rahmenbedingungen werden regelmäßig im „Treasury-Ausschuss“ analysiert und bewertet. In diesem Zusammenhang werden das Marktumfeld, die aktuelle Positionierung sowie das Rendite-Risikoprofil des Portfolios analysiert. Bei Bedarf werden dem Vorstand Maßnahmen für geschäftspolitische Entscheidungen bzw. Steuerungsimpulse vorgeschlagen.

Die Messung des Adressrisikos erfolgt auf der Basis eines simulationsbasierten Kreditrisikomodells. Die Risiken aus verbundinternen Geschäften werden ergänzend über gesonderte Spreadverschiebungen ermittelt. Die Risikomessung und Berücksichtigung in der Risikotragfähigkeit erfolgt mit den gleichen Konfidenzniveaus wie beim Adressrisiko für das Kundengeschäft.

Strategische Beteiligungen werden in der Regel nur innerhalb des genossenschaftlichen Finanzverbundes eingegangen. Vor dem Hintergrund der Zentralbankfunktion besteht das Beteiligungsportfolio im Wesentlichen aus Beteiligungen am DZ BANK-Konzern. Das Beteiligungsrisiko wurde im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich eingestuft und wird im Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt.

### 1.2 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken entstehen durch Veränderungen von Marktpreisen bzw. sonstigen preisbildenden Parametern von Finanzinstrumenten sowie deren Volatilitäten, die eine Wertveränderung in nicht geschlossenen Positionen im Zins-, Fonds-, Derivate-, Aktien- und Währungsbereich auslösen.

Aufgrund von Inkongruenzen zwischen den Zinsbindungen und Zinsanpassungsmodalitäten bei den aktiven und passiven Bilanzpositionen und möglichen Kursrisiken bei Eigenanlagen in verzinslichen Wertpapieren und Fonds haben wir die Marktpreisrisiken als wesentliche Risikoart eingestuft.

Währungspositionen im Kundengeschäft sind weitestgehend geschlossen. Im Eigengeschäft gehen wir Fremdwährungsrisiken nur in begrenztem Umfang ein. Aus diesem Grund stufen wir diese Risikoart als nicht wesentlich ein.

Die Risikoinventur kommt zum Ergebnis, dass die Aktienkursrisiken unter der Wesentlichkeitsgrenze liegen. Daher wird diese Risikoart als nicht wesentlich eingestuft.

Eine Risikokonzentration innerhalb des Zinsbuches sehen wir in dem hohen Anteil der täglich fälligen Kundeneinlagen.

Marktpreisrisiken steuern wir getrennt nach dem Zinsspannenrisiko im strategischen Zinsbuch und den Kursänderungsrisiken bei Anleihen, Fonds, Aktien und Währungen.

Das Zinsspannenrisiko berechnen wir monatlich über eine dynamische Zinselastizitätsbilanz mit individuellen Zins- und Geschäftsstrukturzenarien. Neben der eigenen Zinsprognose verwenden wir dabei Zinsstrukturzenarien auf der Basis von historischen Volatilitäten, die der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. (DGRV) zur Verfügung stellt. Mögliche Ergebnisrisiken aus Veränderungen des Zinsüberschusses werden durch Analyse von wachstums-, struktur- und zinsinduzierten Simulationsrechnungen erkannt. Auf dieser Basis werden notwendige Steuerungsmaßnahmen abgeleitet.

Ergänzend werden barwertige Berichtsgrößen als zusätzliche Informationen bei geschäftspolitischen Entscheidungen berücksichtigt. Bei der barwertorientierten verlustfreien Bewertung des Zinsbuchs ergeben sich deutliche Reserven.

Die Kursänderungsrisiken der Eigenanlagen überwachen wir über eine tägliche Bewertung der Bestände.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnungen wird für das Zinsspannenrisiko im „Risiko-Szenario“ das DGRV-Standard-Szenario mit der höchsten negativen Abweichung zum Planszenario angesetzt. Bei der Berechnung der Kursänderungsrisiken der festverzinslichen Wertpapiere werden ebenfalls die DGRV-Standard-Zinsszenarien verwendet. Zur Risikomessung der Marktpreisrisiken bei Fonds kommen Risikokennzahlen der Fondsgesellschaften zum Einsatz.

Außerbilanzielle Sicherungsinstrumente zur Steuerung der Zinsänderungs- und Marktpreisrisiken werden nur in sehr geringem Umfang eingesetzt.

### 1.3 Liquiditätsrisiko

Unter dem Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr, den Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt und fristgerecht nachkommen zu können. Risikotreiber sind insbesondere das Refinanzierungs-, das Abruf-, das Termin- und das Marktliquiditätsrisiko. Im Rahmen der Risikoinventur beurteilen wir das Liquiditätsrisiko als wesentliche Risikoart.

Ziel unserer Geschäftspolitik ist eine ausgewogene Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur. Dabei begegnen wir möglichen Liquiditätsrisiken durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Aktiva und Passiva.

Beim Liquiditätsrisiko werden Konzentrationen im Kundengeschäft durch Kunden mit hohen Einlagen bestimmt. Im Eigengeschäft hat die DZ BANK aufgrund unserer Zugehörigkeit zum genossenschaftlichen Finanzverbund als Emittent und Liquiditätsgeber eine hohe Bedeutung. Sie ist unsere wesentliche Refinanzierungsquelle und stellt somit eine Risikokonzentration innerhalb des Liquiditätsrisikos dar. Vereinzelt werden Tendergeschäfte mit der Deutschen Bundesbank getätigt.

Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos haben wir risikobegrenzende Limite, strategische Zielvorgaben und Warngrenzen festgelegt. Im Rahmen der operativen Liquiditätssteuerung stehen der Bank ausreichende Kredit- und Geldhandelslinien sowie liquide Wertpapiere zur Verfügung.

Im Rahmen der Liquiditätssteuerung ermitteln wir die kurz-, mittel- und langfristigen Zahlungsströme für verschiedene Szenarien. Somit ist sichergestellt, dass mögliche Liquiditätseingänge frühzeitig erkannt werden und gegengesteuert werden kann. Über zusätzliche Liquiditätspuffer an hoch liquiden Aktiva wird gewährleistet, dass die Einhaltung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) sowie die Anforderungen aus der Liquiditätsverordnung sichergestellt sind.

Die Liquiditätsrisiken sind im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes limitiert. In diesem Zusammenhang werden individuelle Szenarien im Hinblick auf mögliche Abflüsse und Inanspruchnahmen simuliert. Der erhöhte Zinsaufwand aus dem sich ergebenden Refinanzierungsbedarf wird unter Berücksichtigung eines zusätzlichen Zinsschocks ermittelt und auf das Risikolimit angerechnet.

### 1.4 Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder in Folge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Im Gegensatz zu Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken, die bewusst von uns eingegangen werden, um Erträge zu generieren, entstehen operationelle Risiken im Zuge der normalen Geschäftstätigkeit. Operationelle Risiken beurteilen wir im Rahmen der Risikoinventur als wesentliche Risikoart.

Die Identifizierung und Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt über ein jährliches Self-Assessment. Auf dieser Basis werden

über eine Monte-Carlo-Simulation der Erwartungswert sowie der unerwartete Verlust ermittelt. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit werden Planabweichungen und das unerwartete Risiko in der Limitauslastung berücksichtigt. Die im Zusammenhang mit Adressenausfall- und Marktpreisrisiken auftretenden operationellen Risiken werden implizit bei diesen Risikoarten abgebildet.

Konzentrationen sehen wir insbesondere in Risiken im Rahmen des Verbraucherschutzes.

In der Risikostrategie sind die Grenzen für Risiko- und Schadensmeldungen festgelegt. Diese werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst und im Hinblick auf ihre Ursachen analysiert. Ein Prozess für Ad-hoc-Meldungen an den Vorstand ist eingerichtet.

Zu den Regelungen bzw. Verfahren zum Management der operationellen Risiken zählen insbesondere das interne Kontrollsystem, die schriftlich fixierten Richtlinien für die Aufbauorganisation und die wesentlichen Arbeitsabläufe, der Einsatz von qualifiziertem Personal sowie die ständige Weiterentwicklung der Methoden und die Verbesserung der technischen Abläufe. Um Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken, wurde eine Compliance-Funktion nach MaRisk eingeführt.

Betriebliche Risiken im Bereich der Datenverarbeitung oder aus Organisations- und Bearbeitungsfehlern werden durch Vereinbarungen mit dem externen Rechenzentrum, Notfallkonzepten, zunehmende Automatisierung und ständige Kontrollen durch qualifizierte Mitarbeiter gemindert. Gefahrenpotenziale werden in banküblichem Umfang durch Versicherungsverträge abgeschirmt. Aus den im Geschäftsjahr eingegangenen Beschwerden, Risiken, Schadensfällen und Schadensregulierungen ergeben sich keine wesentlichen Hinweise auf Prozessfehler oder Unstimmigkeiten im internen Kontrollsystem.

Insgesamt beurteilen wir die gemeldeten Risiken bzw. Schadensfälle als unkritisch im Hinblick auf die Vermögens- und Ertragslage der Bank.

Die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalunterlegung von operationellen Risiken erfolgt auf der Grundlage des Basisindikatoransatzes.

## 1.5 Vertriebsrisiko

Das Vertriebsrisiko ist die Gefahr, dass das geplante Kundengeschäftsergebnis insbesondere durch nicht erreichte Planvolumina und Konditionsbeiträge bzw. durch Unterschreitung der geplanten Provisionserträge nicht erreicht wird. Die Grundlage für die Beurteilung des Vertriebsrisikos bildet die auf Bestands- und Neugeschäft ausgerichtete Vertriebsplanung.

Das Vertriebsrisiko haben wir im Rahmen der Risikoinventur als wesentliches Risiko eingestuft und im Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt.

Ertragskonzentrationen sehen wir im hohen Anteil der Konditionsbeiträge am Zinsüberschuss. Im Provisionsgeschäft sind die Kontoführungs- und Wertpapierprovisionserträge als Konzentrationen identifiziert.

Das Vertriebsrisiko steuern wir über monatliche Soll-Ist-Vergleiche.

## 1.6 Sonstige Risiken

Unter den „Sonstigen Risiken“ subsumieren wir das strategische Risiko, das Reputationsrisiko, das Sachwertrisiko, das Immobilienrisiko sowie das Risiko aus nachgeordneten Unternehmen. Diese Risiken werden im Rahmen der jährlichen Risikoinventur analysiert und bewertet.

Die nicht im Risikotragfähigkeitskonzept limitierten sonstigen Risiken werden über einen pauschalen Abschlag bzw. über die freie Risikotragfähigkeit abgedeckt.

## 1.7 Zusammenfassende Risikobeurteilung

Insgesamt verfügen wir über ein dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Identifizierung, Überwachung, Steuerung und Kontrolle der vorhandenen Risiken.

Im laufenden Geschäftsjahr haben sich im Rahmen der Risikosteuerung keine Anhaltspunkte für bestandsgefährdende Risiken für die Vermögens-, Finanz- bzw. Ertragslage ergeben. Die Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2015 zu jedem Zeitpunkt uneingeschränkt gegeben. Das vom Vorstand festgelegte Gesamtbank-Risikolimit für das Folgejahr ist in der unskalierten Betrachtung (Haltedauer 240 Handelstage) zum Bilanzstichtag 2015 mit 80,8% ausgelastet. Auch die für die einzelnen Risikoarten bestehenden Einzellimite sind eingehalten.

## 2. Vermögenslage

### 2.1 Eigenmittel

Angemessene Eigenmittel als Bezugsgröße für verschiedene aufsichtsrechtliche Normen sowie zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bilden die unverzichtbare Grundlage unserer Geschäftspolitik.

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und die Kapitalquoten gemäß Artikel 72 CRR stellen sich wie folgt dar:

	Berichtsjahr		2014		Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%	%
<b>Eigenkapital laut Bilanz <sup>1)</sup></b>	495.360	471.684	23.676	5,0		
<b>Eigenmittel (Art. 72 CRR)</b>	570.825	556.964	13.861	2,5		
<b>Harte Kernkapitalquote <sup>2)</sup></b>	11,8%	11,0%				
<b>Kernkapitalquote <sup>2)</sup></b>	13,0%	12,5%				
<b>Gesamtkapitalquote</b>	16,9%	16,4%				

<sup>1)</sup> Hierzu rechnen die Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten), 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

<sup>2)</sup> Übergangsregelung nach Art. 465 CRR für 2014

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, der Zuführung zu den Rücklagen aus dem Bilanzgewinn 2014 sowie Vorwegzuweisungen zu den Rücklagen aus dem Bilanzgewinn 2015 um 23,7 Mio. Euro auf 495,4 Mio. Euro erhöht.

Die Eigenmittel gemäß CRR haben sich im Jahresverlauf um 13,9 Mio. Euro auf 570,8 Mio. Euro erhöht. Der Anstieg ist insbesondere auf die Thesaurierung aus dem Jahresabschluss 31. Dezember 2014 zurückzuführen. Im Rahmen von Basel III werden jedoch nicht konforme Bestandteile im Kern- und Ergänzungskapital schrittweise bis

2022 nicht mehr als Eigenmittel anerkannt („Grandfathering“). Diese negativen Effekte liegen im laufenden Geschäftsjahr in der Größenordnung von ca. -7 Mio. Euro.

Die nach den Bestimmungen der CRR und dem KWG festgelegten Anforderungen an die Eigenmittelausstattung wurden im laufenden Geschäftsjahr deutlich übererfüllt. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Eigenmittelrelationen verbessert.

In den kommenden Jahren werden sich die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen qualitativ und quantitativ schrittweise bis 2019 weiter erhöhen. In diesem Zusammenhang rückt die harte Kernkapitalquote („Common Equity Tier 1 Capital Ratio“) mehr und mehr in den Fokus. Diese liegt bei der Volksbank Stuttgart eG mit 11,8% bereits heute deutlich über den ab 2019 gelten Anforderungen in Höhe von 9,5% (einschließlich antizyklischem Kapitalpuffer in Höhe von max. 2,5%). Der Kapitalplanungsprozess 2016 bis 2022 kommt zum Ergebnis, dass die Anforderungen an die Eigenmittelausstattung erfüllt werden.

### 2.2 Bilanzaktiva

Die Struktur unseres Geschäftsgebietes ermöglicht uns eine ausgewogene branchen- und größenmäßige Streuung der Kundenforderungen. Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme beträgt 63%. Das Kundenkreditportfolio setzt sich zu 45,4% aus Forderungen gegenüber Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen sowie öffentlichen Haushalten zusammen. Auf Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen sowie Organisationen ohne Erwerbszweck entfallen 54,6%.

Die Forderungen an unsere Kunden haben wir zum Jahresende wieder mit besonderer Vorsicht bewertet. Den bestehenden akuten und latenten Adressrisiken stehen angemessene Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, Vorsorgereserven nach § 340f HGB sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB gegenüber. Die günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen in unserem Geschäftsgebiet führten bei der Bewertung der Kundenforderungen insgesamt zu einem positiven Adressrisikoergebnis.

Die Anlagen in Wertpapieren betragen im Verhältnis zur Bilanzsumme 23%. Das Portfolio ist hinsichtlich der Emittenten, der Größenklassen und der Fälligkeiten breit gestreut. 99,3% des Wertpapierbestandes sind im Investmentgrade-Bereich geratet. 76% des Wertpapierbestandes bestehen aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren. Vor dem Hintergrund der Diversifikation des Vermögens auf verschiedene Anlageklassen („Asset-Allocation“) sind 24% des Wertpapierbestandes in Fonds investiert. Davon entfällt ein Volumen in Höhe von 285 Mio. Euro auf einen Spezialfonds (Sondervermögen nach KAGB § 1 Absatz 6). Es handelt sich hierbei um einen Mischfonds mit einem Anlageschwerpunkt in rentenorientierten Anlagen. Aktienorientierte Anlagen dienen der Beimischung. Der Fonds wird von der Union Investment Institutional GmbH verwaltet.

Die Wertpapieranlagen der Volksbank Stuttgart eG setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapieranlagen	Berichtsjahr		2014		Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%	%
<b>Anlagevermögen</b>	73.063	72.891	172	0,0		
<b>Liquiditätsreserve</b>	1.164.342	1.156.370	7.972	0,7		

Alle Wertpapiere wurden analog der Vorjahre nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

### 2.3 Zinsänderungsrisiken und Währungsrisiken sowie Termin- und Derivatgeschäfte

Zur Überwachung und Steuerung der Zinsänderungsrisiken haben wir Standard- und Stress-Szenarien definiert, die über eine Mehrjahressimulation die Zinsänderungsrisiken des gesamten zinstragenden Geschäftes aufzeigen.

Auf der Basis des Szenarios „konstante Zinsen und konstantes Geschäftsvolumen“ ergeben sich ohne Berücksichtigung von Performance-Entnahmen aus dem Spezialfonds für das Jahr 2016 belastende Wiederanlageeffekte in Höhe von 4,5% des bilanziellen Zinsergebnisses. Im Jahr 2017 wird sich das bilanzielle Zinsergebnis im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 um 7,1% reduzieren.

Das höchste Zinsänderungsrisiko in den beiden Folgejahren ergibt sich beim Zins-Szenario „parallel steigend“. Bei Eintritt dieses Szenarios reduziert sich das bilanzielle Zinsergebnis im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 in 2016 um 10,2%, in 2017 um 13,9%.

Die sog. „Basel II Kennziffer“ (Vermögenswertrisiko bei einem Zinsschock von +200 BP im Verhältnis zu den Eigenmitteln) schwankte im abgelaufenen Geschäftsjahr zwischen 14,2% und 17,3%, der Mittelwert lag bei 15,6%.

Im Auftrag von Kunden getätigte Währungsgeschäfte von Fremdwährungsanlagen und Fremdwährungsdarlehen werden weitestgehend geschlossen. Um mögliche Währungsrisiken zu begrenzen, sind Strukturlimite für offene Währungspositionen festgelegt.

Die Fremdwährungspositionen sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Termingeschäfte und Geschäfte in Derivaten im Eigeninteresse bestehen in sehr begrenztem Umfang. Sie dienen der Absicherung im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung.

### 2.4 Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung des BVR

Die Volksbank Stuttgart eG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.) angeschlossen. Mit der Zugehörigkeit zum Garantieverbund und durch die Abgabe einer Garantieerklärung hat die Bank eine Garantiepflicht gegenüber dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR) übernommen.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft die Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.



### 3. Finanz- und Liquiditätslage

Die Kundeneinlagen übersteigen die Kundenforderungen um 1,0 Mrd. Euro. Damit profitiert unsere Finanz- und Liquiditätslage von einer vom Interbankengeschäft weitgehend unabhängigen Refinanzierungsstruktur.

Die Zahlungsfähigkeit der Volksbank Stuttgart eG war auch im Geschäftsjahr 2015 jederzeit gegeben. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus der Liquiditätsverordnung (LiQV) wurden stets eingehalten. Ebenso wurden die Mindestreservevorschriften erfüllt.

Seit dem 1. Oktober 2015 ist die sog. Liquidity Coverage Ratio (LCR) verbindlich einzuhalten. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) stellt die kurzfristige Zahlungsfähigkeit in einem Stress-Szenario von 30 Tagen dar. Die Netto-Zahlungsabflüsse müssen unter Stressbedingungen durch einen Liquiditätspuffer in Form von unbelasteter, erstklassiger und hochliquider Aktiva mit mindestens 60 % gedeckt sein. Bis zum 1. Januar 2018 werden die Anforderungen sukzessive auf 100 % erhöht.

Zum Bilanzstichtag wurde die LCR mit einer Deckungsquote von 86 % erfüllt.

### 4. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Genossenschaft stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr		2014		Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%	%
Zinsüberschuss <sup>1)</sup>	123.941	114.255	9.686	8,5		
Provisionsüberschuss <sup>2)</sup>	34.821	33.311	1.510	4,5		
<b>Rohergebnis aus Warenverkehr und Nebenbetrieben</b>	393	389	4	1,0		
<b>Verwaltungsaufwendungen</b>	98.397	97.960	437	0,4		
<b>a) Personalaufwendungen</b>	63.747	64.229	-482	-0,8		
<b>b) andere Verwaltungsaufwendungen</b>	34.650	33.731	919	2,7		
<b>Betriebsergebnis vor Bewertung <sup>3)</sup></b>	48.378	40.925	7.453	18,2		
<b>Bewertungsergebnis <sup>4)</sup></b>	-3.946	333	-4.279	***,*		
<b>Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>	44.432	41.258	3.174	7,7		
<b>Steueraufwand</b>	14.509	11.125	3.384	30,4		
<b>Einstellung in den Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	10.000	10.000	0	0,0		
<b>Jahresüberschuss</b>	19.923	20.132	-209	-1,0		

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12

4) Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Der Zinsüberschuss hat sich um 9,7 Mio. Euro bzw. 8,5 % auf 123,9 Mio. Euro erhöht. Bei dieser positiven Entwicklung ist zu beachten, dass das Vorjahresergebnis durch geschäftspolitische Maßnahmen zur Sicherung des historisch niedrigen Zinsniveaus in Höhe von 6,4 Mio. Euro belastet war. Fällige Kundenkredite und bankeige-

ne Anlagen konnten bei dem aktuellen Zinsniveau nur auf einem deutlich niedrigeren Niveau prolongiert werden. Dieser Minderertrag wurde durch die ebenfalls rückläufigen Einlagenzinssätze mehr als kompensiert. Ergänzend haben sich die Volumenzuwächse im Kundenkredit- und Einlagengeschäft positiv auf den Zinsüberschuss ausgewirkt.

Der Provisionsüberschuss hat sich insgesamt um 1,5 Mio. Euro bzw. 4,5 % auf 34,8 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr erhöht. Insbesondere die Erträge aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft, die Bürgschaftsprovisionen sowie die Erträge aus Sorten, Devisen und Edelmetallen konnten gesteigert werden. Die Erträge aus Vermittlungsgeschäften und dem Zahlungsverkehr liegen auf Vorjahresniveau. Die Auslagenerstattungen haben sich aufgrund von gesetzlichen Vorgaben deutlich reduziert.

Die Gehaltsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Mio. Euro reduziert. Unter Berücksichtigung von im Vorjahr eingetretenen Sondereffekten liegen sie jedoch auf Vorjahresniveau. Dagegen haben sich die Aufwendungen für soziale Abgaben und die sonstigen Personalkosten um 0,8 Mio. Euro erhöht. Im Ergebnis haben sich die Personalaufwendungen insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Mio. Euro bzw. 0,8 % auf 63,7 Mio. Euro reduziert.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich insgesamt um 0,9 Mio. Euro bzw. 2,7 % auf 34,7 Mio. Euro erhöht. Neben den Einmalaufwendungen für das 150-jährige Jubiläum führten vor allem die Erhöhung der Beiträge zum Garantiefonds und der Beitrag für den europäischen Restrukturierungsfonds zu einem Mehraufwand. Weitere Kostensteigerungen waren im Bereich der Scheckkarten- und Raumaufwendungen sowie bei den Porto- und Versicherungsaufwendungen zu verzeichnen. Diese Mehraufwendungen konnten jedoch über Einsparungen bei den Beratungs- und Grundstückskaufwendungen kompensiert werden.

In der Gesamtbetrachtung haben sich die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen im Berichtsjahr um 0,4 Mio. Euro bzw. 0,4 % auf 98,4 Mio. Euro erhöht.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung hat sich im Ergebnis um 7,5 Mio. Euro auf 48,4 Mio. Euro erhöht. Der gestiegene Zins- und Provisionsüberschuss wurde dabei teilweise durch den höheren Verwaltungsaufwand und insbesondere durch den Mehraufwand aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 3,3 Mio. Euro verzehrt. Vor dem Hintergrund des aktuellen Niedrigzinsumfelds haben sich die Abzinsungssätze in den letzten Jahren sehr stark reduziert. Dadurch ist der jährliche Zuführungsbedarf für die Pensionsrückstellungen gestiegen. Die Bundesregierung hat 2016 im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens Änderungen für die Ermittlung des Abzinsungssatzes für Pensionsrückstellungen initiiert, die künftig zu einer Streckung der Belastungen für Unternehmen führen werden.

Das in der Geschäftsstrategie definierte Ziel einer nachhaltigen Cost-Income-Ratio von unter 70 % wurde mit 67,5 % erreicht.

Bei der Bewertung der Kundenforderungen konnte im laufenden Geschäftsjahr ein positives Ergebnis in der Größenordnung von 2,1 Mio. Euro erzielt werden. Der Aufwand beim Bewertungsergebnis der Wertpapiere in Höhe von 4,9 Mio. Euro ist gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Mio. Euro gestiegen. Die Zuführung im Wertpapier-

bereich ist ausschließlich auf kurswertbedingte Veränderungen, nicht auf Bonitätsverschlechterungen zurückzuführen.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit hat sich um 3,2 Mio. Euro bzw. 7,7 % auf 44,4 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr erhöht. Durch das gestiegene Betriebsergebnis hat sich auch der Steueraufwand erhöht.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB wurde wie im Vorjahr mit 10,0 Mio. Euro dotiert.

Im Ergebnis liegt der Jahresüberschuss 2015 auf Vorjahresniveau und ermöglicht neben einer attraktiven Dividendenausschüttung eine angemessene Dotierung der Rücklagen.

Die Kapitalrendite (Jahresüberschuss nach Steuern/Bilanzsumme) hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht von 0,39 % auf 0,37 % reduziert.

### 5. Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Die Volksbank Stuttgart eG verfügt über eine solide Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Die Bilanzstruktur ist ausgewogen, die Vermögensverhältnisse sind geordnet und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität werden erfüllt. Für erkennbare und latente Risiken ist angemessene Vorsorge gebildet.

Die Risikotragfähigkeit war jederzeit gegeben. Zur Abbildung und Steuerung der Risiken verfügt die Volksbank Stuttgart eG über qualifizierte Instrumente, die sukzessive weiter entwickelt werden.

Neben den im Lagebericht beschriebenen Risiken sind keine weiteren Risiken erkennbar, die die künftige Entwicklung der Bank beeinträchtigen könnten. Insgesamt verfügt die Bank über eine sehr solide Basis zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen im aktuellen Niedrigzinsumfeld und einem sich verschärfenden Banken-Wettbewerb.

### III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

### IV. Eintritt der Prognosen des Vorjahres

Der Zinsüberschuss lag in der fusionierten Betrachtung etwa 4,8 Mio. Euro über dem Plan. Die aufgrund des niedrigen Zinsniveaus negativen Wiederanlageeffekte bei der Prolongation von Kundendarlehen sind geringer ausgefallen als erwartet. Im Eigengeschäft konnte durch eine Verlängerung der Duration gegengesteuert werden. Darüber hinaus konnte der geplante Rückgang des Zinsaufwandes übertroffen werden.

Im Provisionsüberschuss konnte ein Mehrertrag von 1,7 Mio. Euro erzielt werden. Dieser ist im Wesentlichen auf höhere Provisionserträge aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft und den Erträgen

aus Sorten, Devisen und Edelmetallen zurückzuführen. Die weiteren Planabweichungen haben sich nahezu kompensiert.

Die Abweichung bei den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen ist im Wesentlichen auf die Personalaufwendungen zurückzuführen. Hier sind die Kosten für den Arbeitgeberanteil zu den Sozialversicherungen und die Zuweisungen zu den Vorsorgewerken höher als geplant ausgefallen.

Das Bewertungsergebnis für Wertpapiere und das Adressrisiko im Kundengeschäft ist um etwa 6,4 Mio. Euro geringer ausgefallen als geplant. Dies hängt insbesondere mit dem vorsichtigen Planansatz für das Adressrisiko im Kundengeschäft in Höhe von 40 % des erwarteten Verlustes zusammen. Bei der Bewertung der Kundenforderungen konnte im laufenden Geschäftsjahr tatsächlich ein positives Ergebnis erzielt werden.

### V. Voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht)

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen in Deutschland zeigten sich zum Jahresende zwar in einer robusten Grundverfassung, dennoch werden die Unsicherheiten durch systemische Risiken in der Eurozone, die geopolitischen Krisen in der Ukraine und vor allem in Syrien sowie die Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland die Märkte 2016 weiter beherrschen. Bisher sind schwerwiegende Verwerfungen an den Finanzmärkten ausgeblieben. Eskalationen können jedoch jederzeit zu weiteren Unsicherheiten und hohen Volatilitäten an den Finanzmärkten führen.

Auch die chinesische Wirtschaft stellt einen Risikofaktor für die konjunkturelle Entwicklung und die Finanzmärkte dar. Die Wachstumsdynamik der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt ist zwar unverändert auf einem hohen Niveau, allerdings seit Jahren rückläufig. Durch den sehr hohen Anteil Chinas am weltweiten Wirtschaftswachstum beeinflusst jede negative Wirtschaftsentwicklung die Weltkonjunktur mit entsprechenden Auswirkungen auf die deutsche exportorientierte Wirtschaft.

Auch die Griechenland-Krise ist noch keinesfalls beendet. Griechenland konnte sich zwar 2015 mit den Euro-Staaten auf Hilfszahlungen einigen, allerdings haben die angekündigten Steuererhöhungen und die geplante Rentenreform Anfang 2016 massive Proteste ausgelöst und das öffentliche Leben teilweise lahmgelegt. Die Rentenreform ist eine Voraussetzung, um weitere Kredite zu bekommen. Im Juli 2016 werden weitere 3,5 Mrd. Euro fällig. Weitere Finanzhilfen werden notwendig sein, um die Staatspleite zu verhindern.

Die weitere Entwicklung des Ölpreises ist für die Weltwirtschaft von zentraler Bedeutung. Seit Mitte 2014 ist der Ölpreis um etwa 70 % eingebrochen. Die Verbraucher und die Erdöl importierenden Industriestaaten profitieren von dem niedrigen Ölpreis. Die Förderländer, deren Industrie bzw. Haushalte in hohem Maße vom Öl abhängen, trifft der Preisverfall hart. Aktuell ist jedoch noch nicht davon auszugehen, dass die in vielen Schwellenländern beobachtete Schwäche in eine globale Rezession münden wird.

Die Inflationsrate ist in Deutschland von 0,9 % 2014 auf 0,3 % 2015 gesunken und notierte mehrmals unter 0 %. Der von der EZB formu-

lierte Zielkorridor für Preisstabilität mit einer Inflationsrate von knapp unter 2 % wird seit 2010 deutlich unterschritten, teilweise waren sogar deflationäre Tendenzen zu befürchten. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank weiter extrem expansiv bleiben wird. Diese Politik soll ergänzend die Kreditversorgung der Realwirtschaft stimulieren, weitere Anreize für Investitionen setzen und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern. Vor diesem Hintergrund wird der Euro weiter unter Druck bleiben. Die Abwertung führte zu positiven Impulsen für die exportorientierte Industrie.

Die Perspektiven für 2016 für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind insgesamt positiv. Bundesregierung, Bundesbank und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gehen 2016 von einer Steigerung des deutschen Bruttoinlandsprodukts zwischen 1,6 % und 1,8 % aus. Das Niedrigzinsniveau, die geringe Inflation, der schwache Euro und die niedrigen Rohstoffpreise wirken für die exportorientierte Industrie wie ein Konjunkturprogramm. Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt sich in einer guten Grundverfassung, 2016 dürfte der Aufschwung am Arbeitsmarkt aber voraussichtlich an Dynamik verlieren.

Bei den Industrieunternehmen scheint sich zum Jahreswechsel bei den Geschäftserwartungen eine Neubewertung zu vollziehen, weil die Risiken zwischenzeitlich höher bewertet werden. Die Besorgnis wächst, dass der wirtschaftliche Aufschwung in Europa zunehmend gefährdet werden könnte.

Gemäß statistischem Landesamt Baden-Württemberg hat die wirtschaftliche Dynamik im zweiten Halbjahr 2015 deutlich nachgelassen. Dennoch ist das Bruttoinlandsprodukt 2015 mit etwa 2 % stärker gestiegen als in Deutschland insgesamt. Im ersten Quartal 2016 wird ein reales BIP-Wachstum von 1 % auf Jahressicht erwartet.

Wir rechnen 2016 mit einem sich auf niedrigem Niveau stabilisierenden Wirtschaftswachstum sowie mit anhaltend niedrigen Inflationsraten. Die Europäische Zentralbank hat im Dezember 2015 das umstrittene Programm zum Kauf von Staatsanleihen um sechs Monate bis März 2017 verlängert. Somit wird der Renditeabwärtsdruck anhalten. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Negativrenditen ausweiten werden.

Das historisch niedrige Zinsniveau und die teilweise negativen Renditen wirken sich belastend auf den Zinsüberschuss der Bank aus. Im Rahmen der Bundesbank-Umfrage zur „Ertragslage und Widerstandsfähigkeit deutscher Kreditinstitute im Niedrigzinsumfeld“ wurden verschiedene Simulationen bis 2019 durchgeführt. Die Prognosen der Volksbank Stuttgart eG für das Betriebsergebnis nach Steuern lagen dabei in allen Szenarien über dem Durchschnitt der Volks- und Raiffeisenbanken sowie aller befragten Banken.

Bei Eintritt unserer Zinsprognose rechnen wir in den kommenden beiden Jahren unter Berücksichtigung von Wachstumsannahmen im Kundengeschäft mit einem leicht sinkenden Zinsüberschuss. Beim Provisionsüberschuss gehen wir von einem Ergebnis auf aktuellem Niveau aus. Bei den Personalaufwendungen werden Tarifsteigerungen nicht vollumfänglich durch Synergieeffekte aufgefangen werden können. Daher rechnen wir in den beiden Folgejahren mit

leicht steigenden Personalaufwendungen. Im Bereich der anderen Verwaltungsaufwendungen sowie bei den sonstigen Aufwendungen und Erträgen gehen wir von positiven Effekten aus.

In der Gesamtbetrachtung erwarten wir in den beiden Folgejahren ein leicht niedrigeres, aber durchaus auskömmliches Betriebsergebnis vor Bewertung als im Berichtsjahr.

Bei der Bewertung der Kundenforderungen haben wir für die Jahre 2016 und 2017 einen Risikoaufwand in der Größenordnung von etwa 40 % des erwarteten Verlustes geplant. Beim Wertpapier-Bewertungsergebnis rechnen wir in den beiden Folgejahren mit Abschreibungen unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2015.

In unserem Plan-Szenario wird das in der Geschäftsstrategie festgelegte strategische Ziel einer Cost-Income-Ratio (CIR) von unter 70 % bis 2019 stets erreicht.

Risiken für die Ertragslage sehen wir in den kommenden zwei Jahren vor allem bei kurzfristig steigenden Zinsen. Langfristig führen vor allem weiter fallende Kapitalmarktzinsen zu einem signifikanten Rückgang des Zinsüberschusses.

Der starke Wettbewerb im Finanzsektor und das historisch niedrige Zinsniveau mit negativen Renditen werden nach unserer Einschätzung weiterhin Druck auf die Zinsmargen ausüben.

Darüber hinaus können die systemischen Risiken in der Eurozone sowie Eskalationen der geopolitischen Krisen sich negativ auf die Finanzmärkte, die konjunkturellen Rahmenbedingungen sowie die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Kunden auswirken.

Bestandsgefährdende Risiken für unser Haus sehen wir nicht. Der Kapitalplanungsprozess kommt zum Ergebnis, dass die Risikotragfähigkeit in den Folgejahren gegeben ist.

Chancen für die Ertragslage könnten sich bei einer spürbaren Belebung des Wirtschaftswachstums ergeben, die zu einer positiveren Geschäftsentwicklung und moderaten Risikokosten führen werden.

Neben der Mitgliederförderung ist die nachhaltige Sicherung der operativen Ertragskraft und die stetige Verbesserung der Eigenkapitalrelationen unsere geschäftspolitische Zielsetzung. Wir sind zuversichtlich, diese Zielsetzungen auch in den folgenden Geschäftsjahren zu erreichen.

## VI. Erklärung zur Unternehmensführung

### Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft

Die entsprechende Erklärung zur Unternehmensführung wird auf der Homepage der Volksbank Stuttgart eG ([www.volksbank-stuttgart.de](http://www.volksbank-stuttgart.de)) unter der Rubrik „Ihre Volksbank Stuttgart / Geschäfts- und Offenlegungsberichte“ publiziert.

## VII. Vorschlag für die Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss von EUR 19.923.227,64 – unter Einbeziehung eines Gewinnvortrages von EUR 55.934,40 sowie nach den im Jahresabschluss mit EUR 5.395.000,00 ausgewiesenen Einstellungen in die Rücklagen (Bilanzgewinn von EUR 14.584.162,04) – wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende von 5,00 %	4.527.177,31
Zuweisung zu den Ergebnisrücklagen	
a) Gesetzliche Rücklage	5.000.000,00
b) Andere Ergebnisrücklagen	5.000.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	56.984,73
	14.584.162,04

Stuttgart, 7. März 2016 – Volksbank Stuttgart eG

Der Vorstand

Hans Rudolf Zeisl

Herbert Schillinger

Thomas Weismann

# Bericht des Aufsichtsrats.



Unter Würdigung der wirtschaftlichen Rahmendaten ist der Aufsichtsrat mit dem Verlauf und dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2015 wiederum sehr zufrieden und spricht dem Vorstand und der Belegschaft seinen Dank und seine Anerkennung für das Geleistete aus. So konnte unsere Volksbank Stuttgart eG im Berichtsjahr erneut die gute Marktstellung behaupten und ein Ergebnis erwirtschaften, das die Ausschüttung einer attraktiven Dividende und eine weitere Stärkung des Eigenkapitals ermöglicht.

Der Aufsichtsrat der Volksbank Stuttgart eG hat im Berichtsjahr 2015 die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben im Plenum und in den aus seiner Mitte gewählten Ausschüssen erfüllt. Er hat die Geschäftsführung des Vorstands überwacht und beratend begleitet. Die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse wurden gefasst.

Im Berichtszeitraum fanden eine konstituierende und fünf ordentliche Aufsichtsratssitzungen sowie eine Klausurtagung des Aufsichtsrats statt. Über die durch den Aufsichtsrat zustimmungspflichtigen Kreditengagements wurde in elf Sitzungen des Risikoausschusses sowie erforderlichenfalls im Umlaufverfahren beraten und entschieden. Ferner fanden sieben Sitzungen des Aufsichtsratspräsidiums, drei Sitzungen des Bauausschusses und vier Sitzungen des Prüfungsausschusses statt. Vorgänge, die der Zustimmung des Plenums oder der Ausschüsse bedurften, wurden geprüft, mit dem Vorstand erörtert und

entschieden. Die Mitglieder des Aufsichtsrats, insbesondere des Präsidiums, standen dem Vorstand auch außerhalb von Sitzungen zu Informations- und Beratungsgesprächen zur Verfügung.

Der Vorstand berichtete dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über die wirtschaftliche Entwicklung und Lage der Bank, insbesondere über die Rentabilität und die Risikolage. Hierüber fand stets ein konstruktiver Dialog statt. Ferner hat sich der Aufsichtsrat mit der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie, der strategischen Unternehmensplanung und der operativen Planung für das Berichtsjahr intensiv auseinandergesetzt. Weiter hat sich der Aufsichtsrat über besondere Vorgänge und Projekte von wesentlicher Bedeutung detailliert unterrichten lassen, insbesondere informierte der Vorstand den Aufsichtsrat stets zeitnah und ausführlich über den Stand der Gespräche und den Verlauf der Vorbereitungen von Fusionsvorhaben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Jahresüberschusses – unter Einbeziehung des Gewinnvortrags – geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag entspricht den Vorschriften von Gesetz und Satzung.

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 mit Lagebericht wurde vom Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e.V., Karlsruhe, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung am 25. April 2016 berichtet, nachdem das Prüfungsergebnis bereits im Vorfeld dem Aufsichtsrat bekannt gegeben und ausführlich diskutiert worden ist.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Im Berichtsjahr gab es im Aufsichtsrat eine personelle Veränderung. Im Zuge der Verschmelzung mit der Korber Bank eG wurde Herr Herbert Äckerle von der Vertreterversammlung der Volksbank Stuttgart eG am 27. April 2015 in den Aufsichtsrat der vereinigten Genossenschaft gewählt. Das Mandat war durch den Tod von Herrn Joachim Kögel seit dem 21. Dezember 2014 vakant.

Satzungsgemäß besteht der Aufsichtsrat der Volksbank Stuttgart eG derzeit aus 24 Mitgliedern, wovon acht Mitglieder von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes und 16 Mitglieder von der Vertreterversammlung gewählt wurden. Ferner endet das Amt sämtlicher Aufsichtsratsmitglieder mit Ablauf der Vertreterversammlung, die über die Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015 Beschluss fasst, sodass mit Beendigung der Vertreterversammlung am 25. April 2016 alle derzeitigen Aufsichtsratsmitglieder aus dem Aufsichtsrat ausscheiden werden.

Die Satzung sieht weiterhin vor, dass der Aufsichtsrat ab diesem Zeitpunkt aus 18 Mitgliedern besteht, wovon sechs Mitglieder von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes und zwölf Mitglieder von der Vertreterversammlung zu wählen sind.

Am 4. April 2016 wurden sechs Arbeitnehmervertreter von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes mit Wirkung ab dem Ende der Vertreterversammlung am 25. April 2016 in den Aufsichtsrat gewählt.

Bei der in der Vertreterversammlung am 25. April 2016 vorzunehmenden Wahl von zwölf Anteilseignervertretern stellen sich die Damen Dr. Gisela Meister-Scheufelen und Anja Schiegl sowie die Herren Herbert Äckerle, Jörg Bürkle, Rudi Eisemann, Dr. Tobias Eisenmann, Bernd Klingel, Dr. Peter Maser, Albrecht Merz und Klaus Pfisterer zur Wiederwahl.

Die genossenschaftliche Bankenwelt befindet sich im Umbruch. Aufgrund der gestiegenen Anforderungen des Marktes, der Digitalisierung der Bankdienstleistungen und des Zahlungsverkehrs, der anhaltenden Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, aber auch durch die ständig steigenden Anforderungen an die Regulatorik sind die Volksbanken und Raiffeisenbanken gezwungen, die Kräfte zu bündeln.

Um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich meistern zu können, gilt es, zusammenzurücken und Synergieeffekte zu nutzen. Gemeinsam mit den Verantwortlichen der Kerner Volksbank eG verfolgen Vorstand und Aufsichtsrat daher nach dem Prinzip „Einzel stark – gemeinsam noch stärker“ das Ziel, durch das Zusammenführen der beiden erfolgreichen Genossenschaftsbanken den dauerhaften Bestand einer leistungsstarken und kundenorientierten genossenschaftlichen Volksbank in der Region sicherzustellen. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Realisierung dieses Vorhabens für die Mitglieder und Kunden beider Häuser weitere Vorteile bringt und sich eine vereinigte, noch stärkere Volksbank positiv und nachhaltig auf die Marktstellung der genossenschaftlichen Bankengruppe in unserer Region auswirken wird.

In der Vertreterversammlung am 25. April 2016 wird der Vorstand über den vorgesehenen Zusammenschluss mit der

Kerner Volksbank eG informieren und den Verschmelzungsvertrag erläutern. Nach der im Anschluss erfolgenden Verlesung des Prüfungsgutachtens des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V. wird die Versammlung einen Beschluss über die Verschmelzung und die Genehmigung des Verschmelzungsvertrags fassen.

Anschließend werden sich die bisherige Aufsichtsratsvorsitzende der Kerner Volksbank eG, Frau Barbara Basalla, sowie ihr bisheriger Stellvertreter, Herr Dr. Florian Mehl, wie in § 13 des Verschmelzungsvertrags vereinbart, zur Wahl in den Aufsichtsrat der vereinigten Genossenschaft stellen.

Ich danke, auch im Namen meines Stellvertreters Albrecht Merz, den Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat für ihr Engagement und die gute, stets konstruktive und von Vertrauen geprägte Zusammenarbeit. Dies gilt in ganz besonderem Maße für die Damen Andrea Schneider und Jutta Talmon Gros sowie die Herren Rainer Heidenwag, Werner Hinderer und Claus Munkwitz, die mit Beendigung der Vertreterversammlung am 25. April 2016 aus dem Aufsichtsrat ausscheiden werden.

Ich selbst stehe nach den Bestimmungen der Satzung für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung und werde daher zu diesem Zeitpunkt nach insgesamt 18 Jahren, davon 12 Jahre als Vorsitzender, ebenfalls aus dem Aufsichtsrat ausscheiden.

Die Amtszeit sämtlicher Mitglieder der Regionalbeiräte endete turnusmäßig am 31. Dezember 2015. Den Bestimmungen der Beiratsverfassung der Volksbank Stuttgart eG folgend, hat der Aufsichtsrat die vom Vorstand vorgeschlagenen Beiratsmitglieder für die Amtsperiode 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2018 berufen.

Im Namen des Aufsichtsrats danke ich allen Beiratsmitgliedern für ihre Bereitschaft, sich für unsere Volksbank Stuttgart eG zu engagieren. Ein besonderer Dank gilt den ausgeschiedenen Beiratsmitgliedern für ihre große, teilweise jahrzehntelange Verbundenheit und ihren persönlichen Einsatz.

Stuttgart, 6. April 2016

Der Aufsichtsrat

Rainer Schenk (Vorsitzender)

## JAHRESBILANZ ZUM 31.12.2015

AKTIVSEITE	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Barreserve</b>					
a) Kassenbestand			62.657.031,30		42.481
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			65.237.643,86		40.779
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	65.237.643,86				(40.779)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	127.894.675,16	0
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>					
a) täglich fällig			95.227.189,44		30.542
b) andere Forderungen			206.017.375,79	301.244.565,23	208.866
<b>4. Forderungen an Kunden</b>				3.423.363.601,72	3.268.578
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	1.486.786.446,37				(1.452.142)
Kommunalkredite	93.349.092,04				(92.679)
Warenforderungen	39.564,29				(95)
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		9.972.000,00	9.972.000,00		52.028
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(50.030)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		126.892.120,61			32.940
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	126.892.120,61				(32.940)
bb) von anderen Emittenten		805.470.866,30	932.362.986,91		898.476
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	786.776.884,99				(877.518)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	942.334.986,91	530
Nennbetrag	0,00				(522)
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>				295.069.978,03	227.232
<b>6a. Handelsbestand</b>				0,00	0
<b>6aa. Warenbestand</b>				325.037,82	317
<b>7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften</b>					
a) Beteiligungen			203.061.412,33		201.746
darunter:					
an Kreditinstituten	27.063.562,29				(26.899)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			230.262,63	203.291.674,96	178
darunter:					
bei Kreditgenossenschaften	123.950,00				(74)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>				6.114.563,00	4.101
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
<b>9. Treuhandvermögen</b>				14.808,95	22
darunter: Treuhandkredite	14.808,95				(22)
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>				0,00	0
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			124.327,00		156
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	124.327,00	0
<b>12. Sachanlagen</b>				73.371.505,29	76.072
<b>13. Sonstige Vermögensgegenstände</b>				41.284.437,59	45.360
<b>14. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				1.254,47	12
<b>SUMME DER AKTIVA</b>				5.414.435.416,13	5.130.416

PASSIVSEITE	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>					
a) täglich fällig			12.296.495,89		15.920
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			351.876.017,85	364.172.513,74	348.079
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten		1.362.212.752,67			1.351.327
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten		35.590.137,71	1.397.802.890,38		66.040
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.871.630.931,76			2.520.311
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		160.850.344,25	3.032.481.276,01	4.430.284.166,39	238.901
<b>2a. Verpflichtungen aus Warengeschäften und aufgenommenen Warenkrediten</b>				46.902,42	63
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>					
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		2.811
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			0,00	0,00	0
darunter:					
Geldmarktpapiere		0,00			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		0,00			(0)
<b>3a. Handelsbestand</b>				0,00	0
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>				14.808,95	22
darunter: Treuhandkredite	14.808,95				(22)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>				5.501.557,12	6.659
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				1.358.498,08	1.202
<b>6a. Passive latente Steuern</b>				0,00	0
<b>7. Rückstellungen</b>					
a) Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen			79.447.796,70		72.522
b) Steuerrückstellungen			1.848.706,24		72
c) andere Rückstellungen			36.400.767,62	117.697.270,56	40.285
<b>8. [gestrichen]</b>				0,00	0
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>				4.594.073,84	4.594
<b>10. Genusssrechtskapital</b>				0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>				130.000.000,00	120.000
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,00				(0)
<b>12. Eigenkapital</b>					
a) Gezeichnetes Kapital			151.181.462,99		151.552
b) Kapitalrücklage			0,00		0
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		85.000.000,00			75.000
cb) andere Ergebnisrücklagen		110.000.000,00	195.000.000,00		100.000
d) Bilanzgewinn			14.584.162,04	360.765.625,03	15.056
<b>SUMME DER PASSIVA</b>				5.414.435.416,13	5.130.416
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		108.843.341,30			121.388
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	108.843.341,30		0
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		259.457.671,98	259.457.671,98		231.352
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00				(0)

## GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 01.01.2015 BIS 31.12.2015

	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Zinserträge aus</b>					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		114.807.569,49			121.769
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		19.859.772,61	134.667.342,10		21.122
<b>2. Zinsaufwendungen</b>			17.321.342,51	117.345.999,59	33.630
<b>3. Laufende Erträge aus</b>					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			2.204.086,57		227
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			4.387.786,47		3.366
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			2.640,00	6.594.513,04	5
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>				1.317.302,68	838
<b>5. Provisionserträge</b>			38.746.159,43		37.107
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>			3.925.485,25	34.820.674,18	4.032
<b>7. Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands</b>				0,00	0
<b>7a. Rohergebnis aus Warenverkehr und Nebenbetrieben</b>				392.692,00	389
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>				4.868.615,55	5.002
<b>9. [gestrichen]</b>				0,00	0
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		51.536.031,77			51.978
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		12.210.483,46	63.746.515,23		11.507
darunter: für Altersversorgung	2.968.134,81				(2.850)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			34.650.483,79	98.396.999,02	33.147
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>				6.344.336,98	7.152
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>				12.219.881,75	7.651
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			3.902.839,91		0
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			0,00	-3.902.839,91	3.262
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			43.020,40		2.898
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>			0,00	-43.020,40	0
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>				256,66	3
<b>18. [gestrichen]</b>				0,00	0
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>				44.432.462,32	41.090
<b>20. Außerordentliche Erträge</b>			0,00		0
<b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>			0,00		0
<b>22. Außerordentliches Ergebnis</b>				0,00	(0)
<b>23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			14.254.457,47		10.844
darunter: latente Steuern	0,00				(0)
<b>24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen</b>			254.777,21	14.509.234,68	258
<b>24a. Einstellungen in Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>				10.000.000,00	10.000
<b>25. Jahresüberschuss</b>				19.923.227,64	19.987
<b>26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</b>				55.934,40	69
				19.979.162,04	20.056
<b>27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen</b>					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			0,00	0,00	0
				19.979.162,04	20.056
<b>28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen</b>					
a) in die gesetzliche Rücklage			2.710.000,00		2.500
b) in andere Ergebnisrücklagen			2.685.000,00	5.395.000,00	2.500
<b>29. BILANZGEWINN</b>				14.584.162,04	15.056

## MITGLIEDERBEWEGUNG

ZAHL DER MITGLIEDER		
Anfang	2015	143.302
Zugang aus Verschmelzung	2015	2.151
Zugang	2015	10.030
Abgang	2015	3.882
Ende	2015	151.601

ANZAHL DER GESCHÄFTSANTEILE		
Anfang	2015	1.782.992
Zugang aus Verschmelzung	2015	21.679
Zugang	2015	25.647
Abgang	2015	58.935
Ende	2015	1.771.383

HAFTSUMME IN EUR		
Anfang	2015	89.149.600
Zugang aus Verschmelzung	2015	1.083.950
Zugang	2015	1.282.350
Abgang	2015	2.946.750
Ende	2015	88.569.150

Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 wurden vom Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e.V., Karlsruhe, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Unterlagen wurden zur Offenlegung beim Bundesanzeiger eingereicht.

## IMPRESSUM

---

### Herausgeber:

Volksbank Stuttgart eG  
Börsenstraße 3, 70174 Stuttgart

### Verbandszugehörigkeit:

Baden-Württembergischer  
Genossenschaftsverband e.V. (BWGV)  
Lauterbergstraße 1, 76137 Karlsruhe

Bundesverband der Deutschen Volksbanken  
und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)  
Schellingstraße 4, 10785 Berlin

### Redaktion:

Volksbank Stuttgart eG,  
Markt- und Unternehmenskommunikation

### Konzeption und Gestaltung:

JoussenKarliczek GmbH

### Fotografie:

Jürgen Altmann (Seite 5)  
Peter Oppenländer (Seite 20)

### Druck:

Druckhaus Waiblingen Remstalbote GmbH



### Jederzeit griffbereit:



Die VR-Banking App  
für Ihr Smartphone



Jetzt Fan werden!

[www.facebook.de/volksbankstuttgart](http://www.facebook.de/volksbankstuttgart)



Volksbank Stuttgart eG  
Börsenstraße 3, 70174 Stuttgart  
Telefon 0711 181 0  
Fax 0711 181 2497  
[www.volksbank-stuttgart.de](http://www.volksbank-stuttgart.de)  
[info@volksbank-stuttgart.de](mailto:info@volksbank-stuttgart.de)

Volksbank Stuttgart eG 